NACHRICHTEN
Österreich

Islamist trotz Verbot: Berliner Gericht nutzt umstrittenen Dolmetscher!

Ein Islamist arbeitet seit 2015 als Dolmetscher am Berliner Gericht, trotz Vereinsverbots 2024, laut "Bild".

Berlin, Deutschland - Ein brisantes Ereignis erschüttert das Vertrauen in das Berliner Justizsystem! Ein 73-jähriger Islamist, dessen Verein „Islamisches Zentrum Berlin“ verboten wurde, arbeitet seit 2015 als Dolmetscher für das Berliner Amtsgericht. Diese Enthüllung stammt von der „Bild“-Zeitung. Der Mann, der mit dem mittlerweile in die Schlagzeilen geratenen „Islamischen Zentrum Berlin“ eng verbunden ist, hat in rund 15 Fällen das Gericht mit Übersetzungen unterstützt. Man fragt sich: Wie konnte das ohne Konsequenzen bleiben?

Im Jahr 2022 tauchte das „Islamische Zentrum Berlin“, eine Teilorganisation des „Islamischen Zentrum Hamburg“ (IZH), erstmals im Verfassungsschutzbericht auf. Innenministerin

Nancy Faeser machte Nägel mit Köpfen und verbot das IZH im Juli 2024 aufgrund seiner extremistischen Ansichten und verfassungsfeindlichen Ziele. Es gilt als verlängerter Arm des Iran. Trotz dieser klaren Linie wurde der Islamist weiter als Dolmetscher vom Gericht herangezogen, wie **Focus** berichtet.

Verbotene Verbindung

Ein Verbot mag ausgesprochen sein, doch die Realität sieht anders aus! Denn der umstrittene Interpret gehört noch immer zum Pool der Dolmetscher, die theoretisch für den Gerichtsdienst in Frage kommen. Zwar sei er seit Juli 2024 nicht mehr zum Einsatz gekommen, doch das Gericht schweigt sich darüber aus, bei welchen Fällen genau er als Dolmetscher tätig war. Weder Zahlen noch Details werden preisgegeben, so dass sich die Justiz in einer undurchsichtigen Situation wiederfindet.

Doch warum wurde die Verbindung zwischen der Justiz und einer möglicherweise extremistischen Organisation im Vorfeld nicht stärker durchleuchtet? Die richtige Antwort darauf bleibt vage, doch stellt sie das Sicherheitskonzept der Justizbehörde in Frage.

Der Vorfall verdeutlicht einmal mehr das enorme Spannungsfeld zwischen Sicherheit und der Notwendigkeit von klaren Überprüfungsmechanismen. Auch die Politik bleibt nicht unbemerkt, denn laut der „Berliner Zeitung“ wird nun die Frage gestellt, wie viele weitere solche Fälle möglicherweise unentdeckt bleiben könnten. Kritiker fordern mehr Transparenz und Kontrolle in Bereichen, die für die Sicherheit des Landes relevant sind.

Seit dem Verbot des IZH sind die Blicke auf die Behörden gerichtet, um potenzielle Sicherheitslücken auszumerzen. Der Druck wächst, endlich effektiv gegen extremistisches Gedankengut vorzugehen – auch im Justizwesen, wie die **Bild** berichtet.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Berlin, Deutschland

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at